

BARTOSZ SUJECKI

Das elektronische Mahnverfahren

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

206

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

206

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Bartosz Sujecki

Das elektronische Mahnverfahren

Eine rechtsvergleichende und
europarechtliche Untersuchung

Mohr Siebeck

Bartosz Sujecki, geboren 1975; Studium der Rechtswissenschaft in Hannover und Groningen, Niederlande; 2008 Promotion; Assistent Professor an der Universität von Tilburg, Niederlande.

e-ISBN PDF 978-3-16-151391-6

ISBN 978-3-16-149693-6

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Für Chantal, Isabella und Floris

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am 15. Februar 2008 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Utrecht als Dissertation angenommen. Sie ist größtenteils während meiner Zeit als Assistent in opleiding am *Molengraaff Instituut voor Privaatrecht* entstanden. Zur Veröffentlichung wurde die Arbeit leicht überarbeitet und aktualisiert. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Juli 2008 berücksichtigt werden.

Großen Dank schulde ich in erster Linie meinem Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Willem Grosheide*, der das Gelingen dieser Arbeit bis zum Schluss unterstützt hat. Darüber hinaus gilt mein Dank auch Frau *Dr. Mirjam Freudenthal*, die ebenfalls die Arbeit betreute und mir zahlreiche wertvolle Hinweise bei der Anfertigung dieser Arbeit gegeben hat.

Der Abschluss dieser Arbeit wäre allerdings nicht ohne den Verdienst einer Reihe von Personen zustande gekommen, bei denen ich mich herzlichst bedanken möchte. Zunächst danke ich Frau *Prof. Dr. Katharina Boele-Woelki*, Herrn *Prof. Dr. Ivo Giesen*, Herrn *Prof. Dr. Ton Jongbloed* sowie Herrn *Prof. Dr. Remco van Rhee* für ihre Teilnahme an der Beurteilungskommission. Ferner gilt mein Dank Herrn *Prof. Dr. Hanns Prütting* für die Anfertigung des Gutachtens. Schließlich möchte ich noch Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow* für die Ehre der Aufnahme dieser Arbeit in diese Schriftenreihe danken.

Daneben möchte ich auch noch einer Reihe von Personen danken, die mir bei der Anfertigung dieser Arbeit sehr geholfen haben. Zunächst danke ich ganz herzlichst Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. Walter H. Rechberger* sowie Herrn *Prof. Dr. Georg Kodek* für ihre Bereitschaft, mir bei der Anfertigung des Kapitels zum österreichischen Mahnverfahren mit ihren zahlreichen wertvollen Hinweisen geholfen zu haben. Ferner danke ich Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Rüßmann* für seine zahlreichen Hinweise bei der Fertigstellung des Kapitels zum deutschen Mahnverfahren. Schließlich gilt mein ganz besonderer Dank Herrn *Prof. Dr. Paul Meijknecht* für seine zahlreichen wertvollen Hinweise.

Diese Arbeit wäre allerdings ohne die großartige Hilfe und Unterstützung meiner gesamten Familie nicht zustande gekommen. Dabei gilt vor allem meinen lieben Eltern Herrn *Adam* und Frau *Margot Sujeci* großer

Dank für die Liebe und den Rückhalt, den sie mir über die Jahre hinweg gegeben haben.

Ein ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner lieben Frau *Chantal Taal* und unseren wunderbaren Kindern *Isabella* und *Floris*. Nur dank Eurer Liebe und Lebensfreude konnte ich diese Arbeit fertigstellen. Dafür bin ich Euch zutiefst dankbar und widme Euch diese Arbeit.

Utrecht, im Juli 2008

Bartosz Sujecki

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Kapitel I: Einleitung.....	1
A. Einleitung.....	1
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Definitionen.....	2
C. Problemstellung der Untersuchung.....	4
D. Methode der Ausgestaltung dieser Untersuchung.....	7
Kapitel II: Das niederländische Recht.....	9
A. Einleitung.....	9
B. Der <i>rechterlijk bevel tot betaling</i>	12
C. Durchsetzung von Geldforderungen in der niederländischen Zivilprozessordnung.....	16
D. Informationstechnologie im niederländischen Zivilverfahrensrecht.....	49
E. Kosten.....	54
F. Schlussfolgerung.....	65
Kapitel III: Das deutsche Mahnverfahren.....	67
A. Einleitung.....	67
B. Entwicklung des Mahnverfahrens.....	68
C. Das Mahnverfahren in der aktuellen Fassung.....	72
D. Elektronisches Mahnverfahren.....	122
E. Kosten innerhalb des deutschen Mahnverfahrens.....	129
F. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	136
Kapitel IV: Das österreichische Mahnverfahren.....	140
A. Einleitung.....	140
B. Entwicklung des Mahnverfahrens in Österreich.....	141
C. Das Mahnverfahren in Österreich in der Fassung der ZVN 2002.....	145
D. Elektronisches Mahnverfahren.....	186

E.	Kosten innerhalb des österreichischen Mahnverfahrens	195
F.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	201
Kapitel V: Das europäische Mahnverfahren		205
A.	Einleitung	205
B.	Reichweite der Europäischen Mahnverfahrens	208
C.	Anwendungsbereich des Europäischen Mahnverfahrens	210
D.	Gerichtliche Zuständigkeit.....	215
E.	Antrag auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls	228
F.	Prüfungsumfang des Gerichts	236
G.	Zurückweisung des Antrags und ihre Rechtsfolge	239
H.	Europäischer Zahlungsbefehl.....	243
I.	Verteidigung des Antragsgegners	261
J.	Kostenregelung innerhalb des Europäischen Mahnverfahrens	268
K.	Elektronische Bearbeitung des Europäischen Mahnverfahrens? ...	273
L.	Schlussfolgerung	277
Kapitel VI: Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit eines elektronischen Mahnverfahrens unter Beachtung der Verfahrensgarantien des Art. 6 Abs. 1 EMRK		279
A.	Einleitung	279
B.	Einsatz von Informationstechnologie innerhalb eines Gerichtsverfahrens	280
C.	Die verfahrensrechtlichen Prinzipien des Art. 6 Abs. 1 EMRK und das elektronische Mahnverfahren	284
D.	Vereinbarkeit eines elektronischen Mahnverfahrens mit den verfahrensrechtlichen Grundsätzen des Art. 6 Abs. 1 EMRK	295
E.	Schlussfolgerung	311
Kapitel VII: Vorschlag für die Ausgestaltung eines niederländischen Mahnverfahrens.....		313
A.	Einleitung	313
B.	Kritik gegen die Einführung eines gerichtlichen Beitreibungsverfahrens	313
C.	Ausgestaltung des niederländischen Mahnverfahrens	330
D.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	377
E.	Vorgeschlagener Gesetzestext	379
Literaturverzeichnis		383
Sachverzeichnis		413

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Kapitel I: Einleitung.....	1
A. Einleitung.....	1
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Definitionen.....	2
C. Problemstellung der Untersuchung.....	4
D. Methode der Ausgestaltung dieser Untersuchung.....	7
Kapitel II: Das niederländische Recht.....	9
A. Einleitung.....	9
B. Der <i>rechterlijk bevel tot betaling</i>	12
C. Durchsetzung von Geldforderungen in der niederländischen Zivilprozessordnung.....	16
I. Informationsbeschaffung innerhalb des niederländischen Rechts.....	16
1. Beschaffung von Informationen über eine natürliche Person.....	16
2. Beschaffung von Angaben über eine juristische Person	18
II. Verfahrenseröffnung zur gerichtlichen Durchsetzung von Geldforderungen.....	19
1. Zuständigkeit der Gerichte in der <i>dagvaardingsprocedure</i>	19
2. Die <i>dagvaarding</i> als verfahrenseröffnendes Schriftstück.....	21
3. Zustellung der <i>dagvaarding</i> und Anhängigkeit des Verfahrens.....	24
4. Anwaltpflicht.....	27
5. Rechtsfolgen von Mängeln bei der Verfahrenseröffnung mittels <i>dagvaarding</i>	29
a. Die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die inhaltlichen Anforderungen einer <i>dagvaarding</i>	29

b.	Rechtsfolgen von Zustellungsmängeln sowie der Säumnis der Eintragung des Verfahrens in das Gerichtsregister	33
c.	Rechtsfolgen des Erscheinens ohne <i>procureur</i> im Anwaltsprozess.....	35
III.	Durchsetzung wahrscheinlich unbestrittener Geldforderungen mittels der <i>dagvaardingsprocedure</i>	36
1.	Verfahrensverlauf.....	37
2.	Rechtsmittel des Beklagten	39
a.	Rückgängigmachung der Säumnis.....	40
b.	Einspruch.....	41
c.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	43
IV.	Exkurs: Verlauf der <i>dagvaardingsprocedure</i>	47
D.	Informationstechnologie im niederländischen Zivilverfahrensrecht.....	49
I.	Hintergrund des Pilotprojekts <i>Geldvordering online</i>	50
II.	<i>Geldvordering online</i>	51
E.	Kosten.....	54
I.	Prozesskosten bei der Durchführung der <i>dagvaardingsprocedure</i>	55
II.	Außergerichtliche Kosten und ihr Ersatz	59
III.	Prozesskostenhilfe	64
F.	Schlussfolgerung	65
Kapitel III: Das deutsche Mahnverfahren.....		67
A.	Einleitung	67
B.	Entwicklung des Mahnverfahrens.....	68
C.	Das Mahnverfahren in der aktuellen Fassung	72
I.	Informationsbeschaffung innerhalb des deutschen Rechts.....	73
1.	Beschaffung von persönlichen Angaben einer natürlichen Person	74
2.	Beschaffung von Angaben einer juristischen Person	75
II.	Zulässigkeit des deutschen Mahnverfahrens	76
III.	Zuständigkeitsregelung innerhalb des deutschen Mahnverfahren	78
1.	Sachliche Zuständigkeit	79
2.	Örtliche Zuständigkeit.....	79
3.	Funktionelle Zuständigkeit.....	83
IV.	Eröffnung des Mahnverfahrens	84
1.	Antrag auf Erlass des Mahnbescheids	85
a.	Form des Antrags auf Erlass des Mahnbescheids	85

b.	Inhalt des Antrags auf Erlass des Mahnbescheids	86
2.	Einreichung des Mahnantrags beim zuständigen Mahngericht.....	90
V.	Verlauf des deutschen Mahnverfahrens nach Einreichung des Mahnantrags.....	92
1.	Überprüfung des Antrags auf Erlass eines Mahnbescheids	92
2.	Mängel im Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	96
3.	Der Mahnbescheid.....	98
a.	Inhalt des Mahnbescheids.....	99
b.	Rechtsnatur und Wirkung des Mahnbescheids	100
c.	Zustellung des Mahnbescheids	101
4.	Vollstreckungsbescheid.....	104
a.	Voraussetzung für den Erlass des Vollstreckungsbescheids	104
b.	Erlass des Vollstreckungsbescheids.....	105
c.	Rechtsnatur und Wirkung des Vollstreckungsbescheids	107
VI.	Verteidigungsmöglichkeiten des Antragsgegners	108
1.	Widerspruch gem. § 694 ZPO	108
a.	Widerspruchsfrist	109
b.	Form und Inhalt des Widerspruchs	109
c.	Wirkung des Widerspruchs und weiterer Verfahrensverlauf.....	110
2.	Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	112
a.	Einspruchsfrist.....	112
b.	Form und Inhalt des Einspruchs	113
c.	Wirkung des Einspruchs und weiterer Verfahrensverlauf.....	114
3.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	115
a.	Voraussetzung für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	115
b.	Beantragung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	116
c.	Bewilligung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und ihre Folgen	118
4.	Durchbrechung der Rechtskraft bei Vollstreckungsbescheiden gem. § 826 BGB	119
VII.	Anwaltliche Vertretung innerhalb des deutschen Mahnverfahrens	121
D.	Elektronisches Mahnverfahren	122

I.	Entwicklung des elektronischen Mahnverfahrens.....	122
II.	Umfang der elektronischen Datenverarbeitung innerhalb der gerichtlichen Prüfung	124
III.	Anforderungen an die Teilnahme und die Formen des elektronischen Mahnverfahrens	124
1.	Das DTA-Mahnverfahren.....	124
2.	ProfiMahn	126
3.	Online-Mahntrag	127
4.	Elektronische Bearbeitung.....	128
E.	Kosten innerhalb des deutschen Mahnverfahrens	129
I.	Prozesskosten und ihr Ersatz	129
II.	Geltendmachung von Inkassokosten.....	131
III.	Prozesskostenhilfe	134
F.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	136
 Kapitel IV: Das österreichische Mahnverfahren		140
A.	Einleitung	140
B.	Entwicklung des Mahnverfahrens in Österreich	141
C.	Das Mahnverfahren in Österreich in der Fassung der ZVN 2002	145
I.	Informationsbeschaffung innerhalb des österreichischen Rechts.....	145
1.	Beschaffung von persönlichen Angaben einer natürlichen Person	146
2.	Beschaffung von Angaben einer juristischen Person	147
II.	Zulässigkeit des österreichischen Mahnverfahrens.....	148
1.	Anforderungen an die geltend gemachte Forderung	148
2.	Erforderliche Eigenschaften der Person des Beklagten	151
III.	Zuständigkeitsregelung im österreichischen Mahnverfahren	154
1.	Sachliche Zuständigkeit	154
2.	Örtliche Zuständigkeit.....	155
3.	Funktionelle Zuständigkeit.....	156
IV.	Eröffnung des Mahnverfahrens	157
1.	Die Mahnklage	157
a.	Form der Mahnklage	158
b.	Inhalt der Mahnklage.....	159

2.	Einreichung der Mahnklage beim zuständigen Gericht ...	161
V.	Verlauf des österreichischen Mahnverfahrens nach	
	Einreichung der Mahnklage	162
1.	Überprüfung der Mahnklage.....	163
2.	Mängel in der Mahnklage.....	168
3.	Zahlungsbefehl	169
a.	Rechtsnatur des Zahlungsbefehls.....	170
b.	Inhalt des Zahlungsbefehls	170
c.	Wirkung des Zahlungsbefehls	172
4.	Zustellung des Zahlungsbefehls	172
VI.	Verteidigung durch den Beklagten	175
1.	Einspruch gegen den Zahlungsbefehl	175
a.	Einspruchsfrist.....	175
b.	Form und Inhalt des Einspruchs	176
aa.	Einspruch im Gerichtshofsmahnverfahren	177
bb.	Einspruch im bezirksgerichtlichen Mahnverfahren	178
c.	Rechtsfolgen der Einspruchserhebung.....	179
2.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	180
a.	Voraussetzung für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	180
b.	Beantragung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	182
c.	Bewilligung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	184
VII.	Anwaltliche Vertretung innerhalb des österreichischen Mahnverfahrens	184
D.	Elektronisches Mahnverfahren	186
I.	Entwicklung des elektronischen Mahnverfahrens.....	186
II.	Umfang und Funktion des Einsatzes elektronischer Mittel innerhalb des Mahnverfahrens	188
III.	Anforderungen an die Teilnahme am elektronischen Mahnverfahren.....	189
IV.	Verlauf des elektronischen Mahnverfahrens.....	191
E.	Kosten innerhalb des österreichischen Mahnverfahrens	195
I.	Prozesskosten und ihr Ersatz	195
II.	Vorprozessuale Kosten und ihr Ersatz	197
III.	Verfahrenshilfe	198
F.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	201

Kapitel V: Das europäische Mahnverfahren	205
A. Einleitung	205
B. Reichweite der Europäischen Mahnverfahrens	208
C. Anwendungsbereich des Europäischen Mahnverfahrens	210
D. Gerichtliche Zuständigkeit.....	215
I. Zuständigkeitsregelung in der EuMVVO	215
II. Eignung der Zuständigkeitsvorschriften der EuMVVO für ein Europäisches Mahnverfahren?	220
III. Lösungsvorschlag	222
E. Antrag auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls	228
I. Anforderungen an den Antrag auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls	229
II. Notwendigkeit der Vorlage oder Nennung eines Beweisstücks im Antrag auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls.....	233
III. Anwaltliche Vertretung	236
F. Prüfungsumfang des Gerichts	236
G. Zurückweisung des Antrags und ihre Rechtsfolge	239
H. Europäischer Zahlungsbefehl.....	243
I. Einstufiges oder zweistufiges Mahnverfahren?	244
II. Inhalt und Form des Europäischen Zahlungsbefehls gem. Art. 12 EuMVVO	247
III. Rechtsnatur und Wirkung des Europäischen Zahlungsbefehls.....	249
IV. Zustellung des Zahlungsbefehls.....	253
V. Eignung des Zustellungsregimes der EuMVVO für eine Anwendung im Europäischen Mahnverfahren	257
I. Verteidigung des Antragsgegners	261
I. Einspruch gegen den Europäischen Zahlungsbefehl.....	261
II. Überprüfung in Ausnahmefällen.....	263
J. Kostenregelung innerhalb des Europäischen Mahnverfahrens.....	268
I. Kosten innerhalb des Europäischen Mahnverfahrens	268
II. Prozesskostenhilfe innerhalb des Europäischen Mahnverfahrens.....	270
K. Elektronische Bearbeitung des Europäischen Mahnverfahrens? ...	273
I. Ermächtigungsgrundlage zur Einführung eines elektronischen Europäischen Mahnverfahrens?	273
II. Funktion der Informationstechnologie innerhalb des Europäischen Mahnverfahrens.....	274
III. Probleme der elektronischen Durchführung des Europäischen Mahnverfahrens nach der EuMVVO	276
L. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	277

Kapitel VI: Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit eines elektronischen Mahnverfahrens unter Beachtung der Verfahrensgarantien des Art. 6 Abs. 1 EMRK	279
A. Einleitung	279
B. Einsatz von Informationstechnologie innerhalb eines Gerichtsverfahrens	280
C. Die verfahrensrechtlichen Prinzipien des Art. 6	
Abs. 1 EMRK und das elektronische Mahnverfahren	284
I. Anwendungsbereich des Art. 6 Abs. 1 EMRK	285
II. Die Verfahrensgarantien des Art. 6 Abs. 1 EMRK	287
1. Organisationsgarantie	287
2. Justizgewährungsanspruch	289
3. Grundrecht auf Verfahrenfairness	290
a. Das Recht auf rechtliches Gehör	291
b. Prinzip der Waffengleichheit	293
4. Gebot angemessener Verfahrensdauer	294
D. Vereinbarkeit eines elektronischen Mahnverfahrens mit den verfahrensrechtlichen Grundsätzen des Art. 6 Abs. 1 EMRK	295
I. Organisationsgarantie und elektronisches Mahnverfahren	296
1. Anforderungen an die Bearbeitung des Mahnverfahrens durch den Rechtspfleger bzw. Urkundsbeamten	296
2. Anforderungen an die vollautomatisierte Überprüfung der Mahnanträge	297
II. Justizgewährungsanspruch und elektronisches Mahnverfahren	300
1. Anforderungen an die Zuständigkeitsvorschriften im Mahnverfahren	300
2. Anforderungen an die Formvorschriften im Mahnverfahren	301
3. Anforderungen an den Umfang der elektronischen Bearbeitung	302
4. Anforderungen an die Regelung der Verfahrenskosten im Mahnverfahren	303
5. Anforderungen an die Kosten für die elektronische Durchführung	304
6. Anforderungen an Informationsquellen im Internet	305
III. Grundrecht auf Verfahrenfairness und das elektronische Mahnverfahren	305
1. Anforderungen an die strukturierte Ausgestaltung der Schriftstücke	306

2.	Anforderungen an die vollautomatisierte Prüfung im Mahnverfahren	306
3.	Anforderungen an die Stellung der Verfahrensbeteiligten innerhalb des Mahnverfahrens	309
IV.	Gebot angemessener Verfahrensdauer und elektronisches Mahnverfahren	310
E.	Schlussfolgerung	311
Kapitel VII: Vorschlag für die Ausgestaltung eines niederländischen Mahnverfahrens.....		313
A.	Einleitung	313
B.	Kritik gegen die Einführung eines gerichtlichen Beitreibungsverfahrens	313
I.	Kritik am <i>rechterlijk bevel tot betaling</i>	314
II.	Kritik gegen ein gerichtliches Beitreibungsverfahren nach Abschaffung des <i>rechterlijk bevel tot betaling</i>	316
III.	Gründe gegen die Einführung eines gerichtlichen Beitreibungsverfahrens bei der Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie.....	318
IV.	Die Vorschläge der <i>Asser/Vranken/Groen</i> -Kommission und die Reaktionen	319
V.	Reaktionen auf die Einführung des Europäischen Mahnverfahrens	324
VI.	Stellungnahme	325
C.	Ausgestaltung des niederländischen Mahnverfahrens	330
I.	Funktion des Mahnverfahrens	331
II.	Zulässigkeit des niederländischen Mahnverfahrens.....	333
III.	Gerichtliche Zuständigkeit	334
1.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit.....	334
2.	Funktionelle Zuständigkeit.....	336
IV.	Antragstellung	337
1.	Informationsbeschaffung zur Durchführung des Mahnverfahrens.....	337
2.	Inhalt des Antrags und Antragstellung	339
V.	Verfahrensverlauf	341
VI.	Zahlungsbefehl	344
1.	Gerichtliche Prüfung	344
2.	Zurückweisung des Antrags	344
3.	Zahlungsbefehl	346
VII.	Zustellung.....	346
1.	Zustellungsverfahren innerhalb des niederländischen Mahnverfahrens	347

2.	Maßgeblicher Zeitpunkt der Zustellung.....	348
3.	Dokumentation des maßgeblichen Zeitpunkts der Zustellung	351
4.	Mangelhafte Zustellung und ihre Folgen.....	351
VIII.	Rechtsmittel innerhalb des niederländischen Mahnverfahrens	353
1.	Einspruchsfrist	353
2.	Einspruch	355
3.	Rechtsfolgen der Einspruchseinlegung.....	356
a.	Verfahrensart nach Einspruchseinlegung.....	356
b.	Verfahren nach Einspruchseinlegung	357
aa.	Erforderlichkeit einer Beantragung der Überleitung in die dagvaardingsprocedure?	358
bb.	Überleitung in die dagvaardingsprocedure.....	359
4.	Außerordentlicher Rechtsbehelf	361
a.	Notwendigkeit eines außerordentlichen Rechtsbehelfs innerhalb eines niederländischen Mahnverfahrens	362
b.	Ausgestaltung des außerordentlichen Rechtsbehelfs innerhalb eines niederländischen Mahnverfahrens.....	364
IX.	Elektronisches Mahnverfahren	367
1.	Umfang und Funktion der Informationstechnologie im Mahnverfahren	367
2.	Zugang zum elektronischen Mahnverfahren.....	367
3.	Verfahrensverlauf des elektronischen Mahnverfahrens.....	369
a.	Elektronische Antragstellung.....	369
aa.	Ausgestaltung der elektronischen Antragstellung.....	369
bb.	Zugang des elektronischen Antrags bei Gericht	370
b.	Weiterer Verlauf des elektronischen Mahnverfahrens	372
c.	Verteidigung im elektronischen Mahnverfahren	374
X.	Kosten	375
D.	Zusammenfassung und Schlussfolgerung	377
E.	Vorgeschlagener Gesetzestext	379
	Literaturverzeichnis	383
	Sachverzeichnis	413

Abkürzungsverzeichnis

AA	Ars Aequi
a.A.	anderer Ansicht
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl.EU	ab 1.2.2003 Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
ADV	Automationsunterstützende Datenverarbeitung
ADV-Form VO	Verordnung des Bundesministers der Justiz über Formerfordernisse in mit Hilfe automationsunterstützter Datenverarbeitung durchgeführten gerichtlichen Verfahren sowie Erstellung von Erledigungen in gekürzter Form (Österreich)
AdvBl.	Advocatenblad
a.E.	am Ende
AEV	Verordnung über die Abbuchung und Einziehung von Gerichtsgebühren
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
Art.	Artikel
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (Österreich)
A&V	Aansprakelijkheid en Verzekering
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BlgNR	Beilage zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (Österreich)
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer

Brüssel II-VO	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates v. 29.5.2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl. EG 2000, Nr. L 160, S. 19.
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCBE	Conseil des barreaux européens
CISG	Convention on for the Sale of Goods
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
Computerrecht	Tijdschrift Computerrecht
CR	Computer und Recht
CRi	Computer und Recht International
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
De Gerechtsdeurwaarder	Maandblad van de Vereniging van Gerechtsdeurwaarders
ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
d.h.	das heißt
DHG	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz (Österreich)
dies.	dieselbe
Dok.	Dokument
DRB	Deutsche Richterbund
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DTA	Datenträgeraustausch
DV	Datenverarbeitung
ECHR	European Court of Human Rights
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EDV & Recht	Elektronische Datenverarbeitung und Recht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG-RDG	Einführungsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz
EGV	EG-Vertrag in der Fassung des Amsterdamer Vertrags
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EO	Exekutionsordnung (Österreich)
ERA-Forum	ERA-Forum scripta iuris europaei
ERPL	European Review of Private Law
ERV	Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den elektronischen Rechtsverkehr (Österreich)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union

EuGFVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.7.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABl.EU 2007, Nr. L 199, S. 1
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuGVO	Verordnung (EG) Nr.44/2001 des Rates v. 22.12.2002 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl.EG 2001, Nr. L 12, S. 1
EuGVÜ	Brüsseler) EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuMVVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.12.2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl.EU 2006, Nr. L 399, S. 1
EuMVVO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, KOM (2004) 173 endg.
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl.EU 2004, L 143, S. 15
EuVTVO-DG	Uitvoeringswet verordening Europese executoriale titel vom 28.9.2005, Staatsblad 2005, 485 in Kraft getreten durch Besluit vom 15.10.2005, Staatsblad 2005, 494.
EuZVO	Verordnung (EG) 1348/2000 des Rates v. 29.5.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten, ABl.EG 2000, L 160, S. 37
EuZVO n.F.	Verordnung (EG) 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 13.11.2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates, ABl.EU 2007, L 324, S. 79
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVRM	Europees Verdrag voor de rechten van de mens
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZÜ	Europäisches Zustellungsübereinkommen
Executief f. (ff.)	Maandblad voor burgerlijke rechtsvordering folgende, fort folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FBG	Firmenbuchgesetz (Österreich)
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
Fw	Wet op het faillissement en de surséance van betaling
GBA	Gemeentelijke Basisadministratie

GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GdW	Gerechtsdeurwaarderswet
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GGG	Gerichtsgebührengesetz (Österreich)
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz (Österreich)
GP	Gesetzgebungsperiode (Österreich)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GVBl.	Gesetzes und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GW	Grundwet
HG	Handelsgericht (Österreich)
HR	Hoge Raad
HZÜ	Hager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965
i.d.F.	in der Fassung
IHK	Industrie- und Handelskammer
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne des
IT	Informationstechnologie
i.V.m.	in Verbindung mit
JBl.	Juristische Blätter
JBPr	Jurisprudentie Burgerlijk Procesrecht
JN	Jurisdiktionsnorm (Österreich)
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JurBüro	Das juristische Büro
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
K&R	Kommunikation und Recht
KBVG	Koninklijke Beroepsorganisatie van Gerechtsdeurwaarders
KO	Konkursordnung (Österreich)
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Ktr.	Kantonrechter
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen, Zeitschrift für Insolvenzrecht
KV	Kostenverzeichnis (Anlage zum GKG)
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LGZ	Landesgericht für Zivilsachen (Österreich)
lit.	littera (Buchstabe)
LJN	Landelijke Juresprudentie Nummer

LM	Lindenmaier-Möhring Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes
Ltd.	Limited
LugÜ	(Luganer) Übereinkommen vom 16.9.1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
MahnG	Mahngesetz (Österreich)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Millionen
MMR	MultiMedia und Recht (Jahr und Seite)
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MvT	Memorie van Toelichting (niederländische Regierungsbe-gründung)
MvV	Maandblad voor Vermogensrecht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NbBW	Nieuwsbrief BW
NCPC	Nouveau Code de Procedure Civile
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJ	Nederlandse Jurisprudentie
NJB	Nederlands Juristenblad
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-CoR	Computerreport der Neuen Juristischen Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport
NovA	Nederlandse Orde van Advocaten
Nr.	Nummer
NTBR	Nederlandse Tijdschrift voor Burgerlijk Recht
NvVR	Nederlandse Vereniging voor Rechtsspraak
öAnwBl.	Österreichisches Anwaltsblatt
öBGBI	(österreichisches) Bundesgesetzblatt
öBMJ	(österreichisches) Bundesministerium für Justiz
öGewO	(österreichische) Gewerbeordnung
öHGB	österreichisches Handelsgesetzbuch
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
öMeldG	(österreichisches) Meldegesetz
öNZ	Österreichische Notariats-Zeitung
öRpfl	Der österreichische Rechtspfleger
öRpflG	(österreichisches) Rechtspflegergesetz
öZPO	(österreichische) Zivilprozessordnung
OLG	Oberlandesgericht
PC	Personalcomputer
P&B/RDJB	Tijdschrift voor procesrecht en bewijsrecht
PKH-RL	Richtlinie 2002/8/EG des Rates v. 27.1.2003 zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen, ABLEG 2003, L 26, S. 41
PostG	Postgesetz
PP	Praktisch Procederen
Prg.	Praktijkgids
ProzRB	Der Prozess-Rechtsberater

RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAO	Rechtsanwaltsordnung (Österreich)
RATG	Bundesgesetz über den Rechtsanwalts tariff (Österreich)
Rats-Dok.	Dokument des Rates der Europäischen Union
Rb.	Rechtbank
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
Rechtshulp	Rechtshulp: orgaan van de Vereniging voor Rechtshulp
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RM Themis	Rechtsgeleerd Magazijn Themis
Rn.	Randnummer
RO	Wet op de rechterlijke organisatie
RpflBl.	Rechtspflegerblatt
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflG.	Rechtspflegergesetz
Rs.	Rechtssache
RV	Regierungsvorlage
Rv	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering
RvdW	Rechtspraak van de Week
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RZ	Österreichische Richterzeitung
S.	Seite
Slg.	Sammlung
sog.	so genannt
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
Stb.	Staatsblad
TCR	Tijdschrift voor Civiele Rechtspleging
Trema	Tijdschrift voor Rechterlijke Macht
Tw	Telecommunicatiewet
v.	vom
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VuR	Verbraucher und Recht
VV	Vergütungsverzeichnis zum RVG
Wet GBA	Wet Gemeentelijke Basisadministratie
WM	Wertpapiermitteilungen
WPNR	Weekblad voor Privaatrecht, Notariaat en Registratie
WR	Der Wiener Richter
WRb	Wet op de rechtsbijstand
WTBZ	Wet tarieven in burgerlijke zaken
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
ZAK	Zivilrecht Aktuell
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZustG	Zustellgesetz (Österreich)
ZVN	Zivilverfahrensnovelle (Österreich)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Kapitel I

Einleitung

A. Einleitung

Zahlungsverzug ist eine entscheidende Ursache für Insolvenzen von vor allem kleinen und mittelgroßen Unternehmen.¹ Neben materiellrechtlichen Vorschriften, mit denen Zahlungsverzug bekämpft werden kann, sind insbesondere verfahrensrechtliche Instrumente erforderlich, die dem Gläubiger einer Geldforderung die Möglichkeit geben, seinen Anspruch schnell, effizient und kostengünstig durchzusetzen. Dieses gilt besonders dann, wenn das Vorliegen der geltend gemachten Forderung durch den Schuldner überhaupt nicht oder nicht substantiell bestritten wird.² Während die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union besondere gerichtliche Verfahren kennen, mit denen wahrscheinlich unbestrittene Geldforderungen gerichtlich durchgesetzt werden können, wurde diese Verfahrensart 1992 in den Niederlanden abgeschafft.³ Seitdem können diese Forderungen grundsätzlich nur mit dem gewöhnlichen Klageverfahren durchgesetzt werden, wobei im Falle eines Nichtbestreitens ein Versäumnisurteil ergeht. Dagegen besteht sowohl in der deutschen als auch in der österreichischen Zivilprozessordnung mit dem Mahnverfahren eine Verfahrensart, mit der wahrscheinlich unbestrittene Geldforderungen schnell und kostengünstig durchgesetzt werden können. Diese Verfahren werden zudem unter Einsatz moderner Informationstechnologie durchgeführt, was letztendlich zu einer Beschleunigung des Verfahrensverlaufs und zu einer umfassenden Rationalisierung bei den Verfahrensbeteiligten und der Justiz geführt hat.

Seit der Abschaffung des niederländischen *rechterlijk bevel tot betaling* wurde überwiegend Kritik gegen die Einführung eines gerichtlichen

¹ Vgl. hierzu *Freudenthal*, Schets van het Europees civiel procesrecht, S. 181 ff.; *Graf van Bernstorff*, RIW 2007, 88; *Röthel/Sparmann*, WM 2007, 1101.

² Der Anteil der unbestrittenen Forderungen an der Gesamtheit der von den erstinstanzlichen ordentlichen Zivilgerichten behandelten Rechtssachen beträgt bis zu 80 %, *Kommission*, Grünbuch über ein Europäisches Mahnverfahren und über Maßnahmen zur einfacheren und schnelleren Beilegung von Streitigkeiten mit geringem Streitwert, KOM (2002), 746 endgültig, S. 9, Fn. 2; *Freudenthal*, Schets van het Europees civiel procesrecht, S. 201 f.

³ Vgl. hierzu *Freudenthal*, Incassoprocedures, S. 24 ff.